

(Präsident Ralf Wieland)

Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0790](#)

Ausschreibung stoppen – die Zukunft der Berliner S-Bahn sichern

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Für die Besprechung bzw. Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redebeiträge aufgeteilt werden kann. Es beginnt die SPD-Fraktion. – Herr Kollege Schneider! Sie haben das Wort.

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat hat im Sommer letzten Jahres auf Vorlage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Teilnetzausschreibung Ring beschlossen. Die wurde dann auch im Sommer – am 23. Juli – europaweit auf den Weg gebracht und am 28. Juli veröffentlicht. Dagegen hat sich – so weit zum Sachstand – ein Mitbewerber mit einem Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer des Landes zur Wehr gesetzt und ist dort zunächst abgewiesen worden. Im Beschwerdeverfahren vor dem Oberlandesgericht, also unserem Kammergericht, gab es dann einen Hinweis, dass hier möglicherweise der Europäische Gerichtshof zu befassen sei. So viel zunächst zur Tatsachenschilderung!

Nun zu den Ableitungen, die die SPD-Fraktion aus diesem Vorgang zieht: Wir haben den Vorgang gründlich beraten und sind uns in der Fraktion einig.

[Ramona Pop (GRÜNE): Wir beschließen gar nichts!]

Erstens: Es ist für die SPD-Fraktion keine Option, Frau Kollegin Pop, hier zu einer Befassung des Europäischen Gerichtshofs zu kommen und möglicherweise zwei Jahre verstreichen zu lassen.

Zweitens: Stattdessen schlagen wir vor, nach einer Möglichkeit einer Heilung zu suchen, entsprechend den etwaigen Hinweisbeschlüssen, die wir noch nicht kennen, des Senats beim Kammergericht. Daran möchte ich mal ein Fragezeichen machen. Wenn man nämlich die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aus den Jahren 2004 und 2008 zugrunde legt, die jeweils durch OLG-Beschlüsse Thüringen und Düsseldorf abgebildet wurden, dann ist die Frage der Heilung eine Vakanz, denn da geht es darum, dass eine Heilung jedenfalls ausscheidet, wenn maßgebliche Bestandteile geändert werden müssten. Ich glaube und halte es zumindest für möglich, dass die Laufzeitfrage ein solcher maßgeblicher Bestandteil ist. Das wird die Verwaltung zu entscheiden haben, und das ist eine ganz schwierige Entscheidung.

Politisch jedenfalls ist diese Entscheidung so schwierig und uns so wichtig, mit der S-Bahn 2017 einen reibungslosen Übergang zu finden, dass wir darüber hinaus als

Fraktion beschlossen haben, hier einen sogenannten Plan B aufzustellen. Das ist das, was auch die Linkspartei vorschlägt, nämlich möglicherweise dann doch selbst die erforderlichen Betriebsmittel zu erwerben und möglicherweise durch ein landeseigenes Unternehmen dann den Betrieb sicherzustellen.

Dabei haben wir zweitens beschlossen, dass wir da nicht zuvörderst die BVG in den Blick nehmen, sondern dass wir an ein anderes oder jedenfalls rechtlich davon selbstständiges, möglicherweise auch Tochterunternehmen denken. Ich habe natürlich in der Zeitung zur Kenntnis genommen – das werden Sie ja nachher auch noch versuchen darzustellen –, da würde ja die Koalition im Eilzugtempo aufeinander zurasen. Das ist natürlich eine Wertungsfrage, die ich und meine Fraktion für abwegig halten.

[Beifall bei der SPD –
Uwe Doering (LINKE): Per Bummelzug!]

Erstens nehmen wir für uns in Anspruch, eine Einschätzungsprärogative zu unserem eigenen Koalitionsvertrag zu haben, gemeinsam mit dem Koalitionspartner. Zweitens ist da von einer rechtssicheren Vergabe die Rede und drittens die Inhouselösung jedenfalls nicht ausgeschlossen. Und ob diese Vergabe nach den vorgenannten Prämissen noch rechtssicher ist, das ist eben das Problem an diesem Vorgang.

Jedenfalls aber sind wir uns völlig klar, dass wir das – ähnlich wie auch die Verbeamtung von Lehrern, die im Vertrag nun expressis verbis ausgeschlossen ist – völlig einvernehmlich und unaufgeregt besprechen und auch miteinander regeln,

[Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

denn eines ist klar: Auch unser Koalitionspartner, Frau Kollegin Pop, wird natürlich nicht anstreben, 2017 keine plausible Gesamtlösung vorzulegen.

Wir haben ferner noch eine wichtige Sache für uns politisch entschieden: Wir schließen als SPD-Fraktion aus – und das ist jetzt der Grünen-Vorschlag, der auch in Niedersachsen seit 2000 fabriziert wird –, Züge zu kaufen – wir reden hier, wenn wir das Gesamtnetz betrachten, möglicherweise über 2 Milliarden Euro – und die dann durch einen Dritten – und ich sage jetzt mal sarkastisch, Hinz oder Kunz – fahren zu lassen. Das schließen wir aus. Das ist Wettbewerb in das Lohngefüge hinein und bringt Leute ins Spiel. Das ist der pure Wettbewerbsgedanke, den wir möglicherweise da nicht für plausibel halten.

[Beifall bei der SPD]

Ich fasse zusammen: Wir erleben hier die Experteritis. Hier sind externisierte Experten unterwegs. – Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! – Ach so! Jetzt geht es doch noch weiter.

(Torsten Schneider)

[Heiterkeit bei den GRÜNEN]

– Hier stand gerade, Ihre Redezeit ist beendet.

[Zurufe von Uwe Doering (LINKE)
und Özcan Mutlu (GRÜNE)]

– Wie bitte? Ich kann Sie nicht verstehen, Herr Kollege!

[Zuruf von Uwe Doering (LINKE)]

– Ich habe das gesagt, was wesentlich ist.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich fasse zusammen: Die SPD-Fraktion hat die Vision, dass die S-Bahn geradeaus fährt.

[Lachen bei der LINKEN –
Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

Der Kollege Kreins hat heute eine zutreffende Frage gestellt: Sind wir denn da mit dem jetzigen Unternehmen gut aufgestellt? – Wir glauben, dass wir da Korrekturbedarf haben und dass wir da zu einem Verfahren finden müssen, wie in der vergangenen Zeit hier die Bevölkerung zu einer Erstattung kommt.

Zweitens: Wir haben Druck in einem Vergabeverfahren, das von externen Beratern in dieser Art und Weise auf den Weg gebracht wurde. Natürlich wissen wir, dass die politische Verantwortung am Ende bei dieser Regierung abgeladen wird. Wir nehmen diese Verantwortung an.

[Zuruf von Andreas Otto (GRÜNE)]

Drittens: Wir möchten Sie einladen, den Gedanken in Betracht zu ziehen und dem Gedanken näherzutreten, nicht nur auf einem Bein zu stehen, sondern möglicherweise alle denkbaren Lösungen auszuschöpfen, ohne das zu ideologisieren.

[Ramona Pop (GRÜNE): Das hören wir
seit Jahren!]

Wir glauben und sind davon überzeugt – Frau Pop, jetzt habe ich Sie wieder nicht verstanden –, dass das im Interesse Berlins, im Interesse der Berlinerinnen und Berliner der richtige Weg ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Grünen jetzt der Kollege Gelbhaar – bitte schön!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine werten Senatorinnen und Senatoren! In Berlin grassiert nicht nur die Grippe, sondern auch Diletantismus in der Regierung.

[Beifall bei den GRÜNEN –

Zuruf von Oliver Friederici (CDU)]

Sie haben Mist gebaut, und alle in dieser Stadt wissen es.

[Zuruf von der SPD: Ist doch lächerlich!]

Selten ist das so eindeutig, dass eine Regierung so unglaublich versagt. Die Berlinerinnen und Berliner fragen sich kopfschüttelnd: Was ist da eigentlich los? Kriegen die gar nichts mehr auf die Reihe?

Dabei liegt seit Jahren ein sauberes Konzept zur S-Bahn vor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat dieses hier im Hause schon in der letzten Legislaturperiode vorgestellt:

[Torsten Schneider (SPD): Neoliberal!]

ein landeseigener Fuhrpark und daneben eine faire Ausschreibung des Betriebs mit sozialen und ökologischen Leitplanken. Das fordern auch die Berliner Fahrgastverbände, Herr Schneider. Auch aus der Wissenschaft, z. B. aus der Technischen Universität Berlin, erreichen mich Rufe nach einem kommunalen Fuhrpark.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Nur Sie von der SPD-Fraktion und in der Koalition glauben, es besser zu wissen.

[Lars Oberg (SPD): Neoliberale Gelbgrüne!]

Wissen Sie, die Berlinerinnen und Berliner nehmen die Millionen Mehrkosten bei den Bauprojekten zur Kenntnis, sie nehmen die kritischen Punkte bei der S-Bahn zur Kenntnis, was allerdings nur noch für Kopfschütteln sorgt, ist die fehlende Kompetenz, eine Ausschreibung über die Bühne zu bringen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Umso länger man darüber nachdenkt, umso unglaublicher wird es. Das ist ein bisschen wie ein Unfall. Man muss hinschauen.

Wie oft wurden Sie gewarnt? Die Opposition hat so oft darauf hingewiesen, dass die Kopplung von Fahrzeugbeschaffung und Teilausschreibung des Betriebs Gefahren beinhaltet. Das wurde von Ihnen stets und ständig in den Wind geschlagen. Statt schnell die Züge zu bestellen und dann über den künftigen Betrieb zu fachsimpeln, werden Flickschusterei und ideologischer Tamtam betrieben.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Das ist Versagen mit Ansage, denn wir brauchen 2017 neue Fahrzeuge. Das klappt aber schon nach dem, wo wir jetzt stehen, nicht mehr. Darunter werden die Berlinerinnen und Berliner leiden.

Das ist das Problem von unklaren Koalitionsverträgen. Es reicht halt nicht zu formulieren: Wir stärken den ÖPNV und gehen die Probleme mit der S-Bahn entschlossen an. – Selbst diese wohlfeile Passage haben Sie schon gebrochen. Stattdessen wurde ohne Parlamentsentscheidung